Zeitschrift: Argovia: Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons

Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 128 (2016)

Artikel: Die jüdischen Schulen von Lengnau : ein Weg zur Emanzipation. War

es auch ein Weg zur Versöhnung?

Autor: Müller, Andreas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-696789

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die jüdischen Schulen von Lengnau

Ein Weg zur Emanzipation. War es auch ein Weg zur Versöhnung?

ANDREAS MÜLLER

Jüdisches Schulwesen im Überblick

Wenn heute von den Judendörfern Endingen und Lengnau die Rede ist, dann wird das Nebeneinander von Christen und Juden über Jahrhunderte hervorgehoben. Da sich Juden nur in Oberlengnau und Oberendingen angesiedelt hatten, aber nie in den Unterdörfern beider Ortschaften, dürfen wir beiderorts fast von je der Hälfte der Wohnbevölkerung beider Glaubensrichtungen ausgehen, die zusammenleben mussten. Dass dies ohne Ghettoisierung geschehen konnte, gilt in Europa als einzigartig. Dass Friktionen immer wieder über höhere Instanzen, seien es die Landvögte, die kantonale Regierung oder die Bundesbehörde, beigelegt wurden, sei dabei nicht verschwiegen.

Immer wieder wird bei diesem Thema auf die Doppeltüren verwiesen. Mit dieser Schlaumeierei sei man Streitigkeiten aus dem Wege gegangen. Die Doppeltüren mögen als Symbol dienlich sein; tatsächlich wird dieses Bild überhöht und strapaziert. Es könnte tatsächlich ein Element des organisierten Friedens unter nicht verwandten Hausbewohnern sein – mehr nicht. Im 19. Jahrhundert, als die Emanzipation der Juden in Teilschritten vor sich ging, in der zweiten Hälfte, als die stetige Abwanderung einsetzte, nahmen die Reibereien zwischen den beiden Gemeinschaften sowieso kontinuierlich ab. Beziehungen müssen nicht unbedingt zu Vermischungen führen.

Die Doppeltüren als Symbol der «Apartheid» oder der Segregation anzuprangern, mag dank den verbalen Verfügungen der Landvogtei noch angängig sein; in Wirklichkeit war die Separierung mehr ein Schutz der Juden als der Christen. Es geht ja nicht nur um Streitereien, die zu vermeiden waren; es geht ebenso um allzu enge Beziehungen der Menschen, die «unter einem Dach» oder nahe beieinander zu wohnen hatten. Dass so weniger «Affären» mit religiösem Hintergrund entstanden, war beiden Gemeinschaften willkommen. Den Christen stand für die Eheschliessung das ganze Umfeld zur freien Wahl; die Juden als isolierte Minderheit hatten sich selbst vor der naheliegenden Vermischung zu schützen. Sie mussten, um die richtige Partnerschaft zu finden, ihre Suche oft ins Ausland ausweiten. Gemischte Ehen waren ja ausgeschlossen. Juristisch gilt die Abstammungsregel: «Nur die Mutter ist immer sicher.» Wir kennen nur wenige Fälle, wo die Vaterschaft eines Christen bei einer Jüdin eingeklagt und verfolgt werden musste; am ehesten bei ausserehelichen Schwangerschaften.¹ Gemeinsamer Schulbesuch ermöglichte am meisten Kontakte.

Das Thema Beziehungen zwischen den Gemeinschaften in Lengnau ist behutsam und ausführlich im Buch «KontaktZonen» von Alexandra Binnenkade behandelt worden.² Über die Schulverhältnisse im Dorf findet sich in dieser Darstellung leider kaum etwas. In der Aargauer Geschichte von Heinrich Staehelin finden wir bezüglich Schule nur den Hinweis, dass «von den Religionsgemeinschaften», «auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, die Israeliten weitaus die meisten Schüler» der Kantonsschule stellten.³ Über den vorbereitenden Unterricht in den heimatlichen Schulen in Endingen und Lengnau wird nichts Näheres vermerkt.

Bei Florence Guggenheim, «Vom Scheiterhaufen zur Emanzipation» in «Juden in der Schweiz», wird auf Seite 36 immerhin auf die eigenständigen Schulen der Judendörfer verwiesen. «Das Schulwesen wurde unter die Aufsicht der Regierung gestellt; die jüdischen Lehrer mussten am Lehrerseminar in Aarau (sic) ausgebildet und durch den Staat geprüft und vereidigt werden.» Später im Text wird die Autorin detaillierter (Seite 38). Die Regierung verordnete 1830, dass der «hebräische Elementarunterricht der jüdischen Gemeindeschule angegliedert werde, unter Aufhebung der hebräischen Privatschulen (Chedarim); 1836 wurde die Scheidung zwischen Gemeindeschule und hebräischer Oberschule (Talmudunterricht) aufgehoben; Religionsunterricht und hebräischer Sprachunterricht wurden auf allen Stufen in die Gemeindeschule eingebaut. Eine feste Ordnung des gesamten deutschen und hebräischen Unterrichtswesens war die Folge. Geschulte Lehrer unterrichteten nach zeitgemässen Methoden unter staatlicher Aufsicht. Die Regierung gewährte jetzt auch einen Staatsbeitrag an die Besoldung der Lehrer und später auch Zuschüsse an die Schulhausbauten. Es begann eine eigentliche Blütezeit der israelitischen Schulen, gefolgt von einem kulturellen Aufschwung der Surbtaler Juden.»⁴ Dieser Schlussfolgerung liesse sich auch der Bau des eigenen Schulhauses in Lengnau anfügen. 1842 liess die jüdische Gemeinde an der Zürichstrasse ein schmuckes Bauwerk erstellen, das noch heute als Gemeindehaus dienen kann.

Schon früh gehörte es zum grossen Anliegen der aargauischen Regierung, den Juden im Surbtal über bessere Schulen den Zugang zu einer Berufsbildung zu ebnen. Tatsächlich bremsten die alten Behinderungen bezüglich Niederlassung, Eigentum und Reste der «Zunftordnung» viel mehr als die mangelnde Schulung. Das frühe jüdische Schulwesen in Lengnau war einfach mehr religiös ausgerichtet als auf handwerkliche und kaufmännische Berufe oder ein Studium. Zu lange waren diese Tätigkeiten ja behindert worden. Die Liste der Lengnauer und Endinger Berufsleute zeigte 1802 über 80 jüdische Händler, die meistens für «aller Gattung Ware» eine Bewilligung einholten, was praktisch einem Hausiererausweis gleichkam. Einige Vieh- und Pferdehändler ergänzten das Bild. So bestimmte die Regierung schon 1813, dass in jeder Judengemeinde eine deutschsprachige Primarschule mit eigenem Lehrer eingerichtet werden musste. Eine eigene Schulpflege führte seit 1835 die Aufsicht. Daher stand schulisch einer Berufsausbildung oder einem Studium eigentlich nichts mehr im Wege. Dennoch wurde seitens des jungen Kantons auch die religiöse Erzie-

hung der jüdischen Kinder gefördert, aber eher im utilitaristischen Sinne, also mit dem Ziel staatlicher Nützlichkeit.

Im Aarauer Schweizer-Boten⁵ vom 15. September 1838 stand: Im Kleinen Rat – auf empfehlenden Vorschlag des Kantonsschulrats – sei der «im Jahre 1837 von der k. würtenb. Staatsregierung in den dortigen israelitischen Schulen eingeführten, «israelitischen Katechismus» auch für die Schulen beiden Judengemeinden Endingen und Lengnau zum obligatorischen Lehr- und Lesebuch bestimmt. Wir hoffen, dass eine zeitgemässe sittlich-religiöse Bildung der Juden, die wesentlich durch vernünftige Lehrbücher gefördert wird, dieselben am schnellsten ihrer bürgerlichen Emanzipation entgegenführen werde.»

Rund eine Woche später (am 27. September 1838) finden wir in derselben Aarauer Zeitung, die damals noch weitgehend von Heinrich Zschokke redigiert oder aber verantwortet wurde: «Mit Vergnügen vernehmen wir aus Lengnau, dass vorzüglich eine der dortigen israelitischen Familien den richtigen Weg eingeschlagen hat, ihre sittliche und bürgerliche Emanzipation vorzubereiten, indem einer der Söhne sich der Phylologie (sic), der andere der Medizin widmet, und zwei andere, statt dem verderblichen Kleinhandel nachzugehen, die Bandfabrikation erlernt und bereits in ihrer Heimath eingeführt haben. Nicht die Verschiedenheit religiöser Lehrbegriffe allein, sondern auch die häuslichen und bürgerlichen Einrichtungen bildeten bis auf unsere Tage die weite Kluft zwischen Juden und Christen; sobald sie durch Gewerbe, Künste und Wissenschaften einander näher gebracht werden, wird auch dieser Unterschied bei uns, wie anderwärts, immer mehr schwinden, zuletzt ganz wegfallen.»

Zum Thema bürgerliche Erziehung gehört auch die Gründung des Handwerksvereins «Poel tow» zur Unterstützung jüdischer Lehrlinge.⁶ Letztlich hatten wohl die Bemühungen des «Israelitischen Vereins» unter dem fortschrittlichen Lehrer Markus Getsch Dreifuss, der mit zahlreichen Eingaben die bürgerliche Gleichstellung förderte, sicher mehr bewirkt als die staatlich reglementierte Schule.

Eine sorgfältige und eingehende Darstellung der jüdischen Schulgeschichte finden wir im Buch «Lengnau, 1200 Jahre». Der Lengnauer Ortshistoriker Franz Laube-Kramer hat nach sorgfältigen Recherchen im Archiv das Kapitel «Jüdisches Schulwesen» im Überblick dargestellt. Dabei geht er auch darauf ein, dass neben einer christlichen auch eine jüdische Schulpflege existierte. Aus ihren Protokollen wurden die wichtigsten Daten und Fakten ausgezogen. Und hier erscheint auch der vielsagende Satz (Seite 37): «Die israelitische Fortbildungsschule wurde auch von christlichen Kindern besucht. Sie mussten ein Schulgeld von 5 bis 12 Franken jährlich entrichten, je nach Vermögen.»

Christen und Juden in derselben Schule

Genau diese Nebenbemerkung veranlasste mich, der Sache nachzugehen. Als «Innerortsbürger» von Lengnau war mir diese Besonderheit schon immer bekannt gewesen, denn die mündliche Tradition in der Familie verwies immer mit einem gewissen Stolz darauf, dass neben dem Besuch der Bezirksschule Baden, zumeist für zukünftige Studenten, die jüdische Sekundarschule in Lengnau den Nichtakademikern eine fast ebenbürtige Bildung angeboten hatte. Damit entfiel der Schulweg von über einer Stunde Fussmarsch. Aber «zugewandte Orte» hatten ein Schulgeld zu bezahlen, sowohl die Christen als auch die jüdischen Kinder, die der Gemeinde Neu-Lengnau nicht angehörten.

Und da diese besondere «KontaktZone» nie im Zentrum des Interesses gestanden hat, möchte ich diesem Umstand etwas nachgehen. Dabei dienten mir als Quellen sowohl die Protokolle der jüdischen Schulpflege als auch die Schulchronik der israelitischen Gesamt- und Arbeitsschule, die heute im Staatsarchiv und nicht mehr in Lengnau archiviert sind. Leider fehlt die Schulchronik der Fortbildungsschule, sodass alle Details zu den Schülerlisten indirekt eingeholt werden mussten.

Seit 1813 bestanden in den Judengemeinden Endingen und Lengnau deutschsprachige Primarschulen für Mädchen und Knaben. In Lengnau waren die Schüler so zahlreich, dass bei über 50 Teilnehmern eine Unter- und eine Oberschule geführt werden konnte. Die Lehrer waren seminaristisch ausgebildet, meist jüdischen Glaubens, da sie den Hebräischunterricht zu erteilen hatten. Wir finden Namen wie Piccard oder Moses Gröner, also Lehrpersonen, die von auswärts stammten. Anders war dies bei Oberlehrer Hermann Bernheim aus Lengnauer Geschlecht. Als dieser 1864 krank wurde und Ersatz nötig war, benutzte man die Gelegenheit, eine Fortbildungsschule (ab 1933 Sekundarschule) zu gründen. Nun wurde die Gemeindeschule zur Gesamtschule, da die besten Schüler der oberen Klassen in die höhere Schulstufe wechselten und damit die reguläre Schule für zwei Abteilungen zu wenig Jugendliche aufwies. Auf Ausschreibung meldete sich als Lehrer für die neue Schule Dr. Korn aus Breslau, der eine Besoldung von 1800 Franken pro Jahr bezog. Da den Christen nur die Bezirksschulen Zurzach oder Baden als höhere Schulen zur Verfügung standen, also ein beachtlicher Schulweg nötig war, wurde die jüdische Fortbildungsschule für jene Schüler zur Attraktion, die im familiären Betrieb mithelfen mussten und für die eine ganztägige Abwesenheit nicht in Betracht kam. Die Aufnahmeprüfung für die Fortbildungsschule war offenbar recht anspruchsvoll; bei jeder Anfrage der christlichen Eltern an die jüdische Schulpflege wurde das Bestehen der Aufnahmeprüfung als Vorbedingung angeführt. Die Prüfung wurde examiniert von zwei Pfarrherren und von Dr. Meyer Kayserling, dem jüdischen Rabbiner von Endingen und Lengnau und Redaktor der jüdischen Zeitung.9

Wir stellen überdies fest, dass die Schule von der Aufsichtsbehörde fleissig besucht wurde. Zwei Pfarrherren waren an den Examenstagen immer in der Schulchronik aufgeführt, ebenso finden wir die Unterschriften der jüdischen Schulpflege und von Eltern jüdischen und christlichen Glaubens. Die jüdische Gesamtschule, geführt von Lehrer Moritz Meier, genoss sicher ein gewisses Ansehen. Die Schulchronik beweist uns, dass mit Beginn der Fortbildungsschule auch Eintritte von christlichen Schülern in die jüdische Gesamtschule erfolgten. Die Vermutung, dass mit dieser Vorbereitung

bessere Resultate bei der Aufnahmeprüfung erwartet wurden, drängt sich auf. Das von der Schulpflege beschlossene Schulgeld war generell auf zehn Franken jährlich für die Gesamtschule, auf zwölf Franken für die Fortbildungsschule festgesetzt.

Die grösste Schwierigkeit bestand darin, Lehrer jüdischen Glaubens mit üblicher seminaristischer Vorbildung zu rekrutieren. 1847 wurde von der jüdischen Schulpflege bei den Schülern dafür geworben, die Bezirksschule zu besuchen, um anschliessend ins Lehrerseminar eintreten zu können. Wahrscheinlich wäre ein solcher Aufruf nach 1864 nicht mehr nötig gewesen, denn der zweite Fortbildungslehrer war christlichen Glaubens. Offenbar stand damals die Glaubensfrage nicht mehr im Zentrum. Des Weiteren finden wir Absolventen der jüdischen Fortbildungsschule in den Schülerlisten der Kantonsschule Aarau, und zwar Juden und Christen. Die Eingliederung wurde damals erleichtert, weil die Maturitätsschule von 1866 bis 1892 ein Progymnasium anbot. Progymnasium anbot.

Doch wer waren die christlichen Eltern von Lengnau, die ihren Kindern ein Schulgeld zahlen konnten, um sie eine höhere Schule besuchen zu lassen? Tatsächlich waren es fast nur die dörflichen Grossbürger, die einerseits keine Hemmungen hatten, die örtliche Alternative zu wählen, anderseits über die finanziellen Mittel verfügten, die nötige Abgabe entrichten zu können oder diese unter eigenen Opfern dafür einzusetzen wussten. Ein jährliches Einkommen von 500 Franken galt damals als beachtlich, viele mussten sich mit bescheideneren Mitteln begnügen. Zehn Franken pro Kind waren viel Geld. Angesichts der Vorbildfunktion, die den Bürgern mit hohem Ansehen im Dorf zukam, muss dem finanziellen Aspekt mehr Gewicht beigemessen werden als dem Vorbild.

Die beiden Müllermeister, grösste Steuerzahler im Dorf, schickten ihre Kinder in die jüdischen Schulen. Bei Wilhelm Bucher im Unterdorf, Wirt zum «Rössli», Mühlenbesitzer und Grossrat, waren es eine Tochter und drei Söhne, die selbst nach dem Tod des Vaters 1876 dort verbleiben konnten. Die drei Söhne besuchten später das Gymnasium. Die drei Söhne des Obermüllers Benedikt Schmid, Johann, William und Karl August, besuchten sowohl die Primar- als auch die Fortbildungsschule bei der jüdischen Gemeinde, während man der Tochter Frida, Jahrgang 1875, den Weg in die Badener Bezirksschule zutraute.¹²

Zwei Söhne erlernten beim Vater den Beruf des Müllers. Als William vom Kreis zum Friedensrichter gewählt wurde, trennte er sich vom Müllergewerbe, kaufte den einzigen Bauernhof am «Platz» in Lengnau, eine ehemalige jüdische Viehhandlung. Er trug seinen Übernamen «Nachmittagsbauer» ohne Scham; er hiess so, weil er in den Morgenstunden im geliebten Büro weilte, dort Akten und Gesetzbücher studierte und seine Klienten betreute. Der dörfliche «Intellektuelle»! Andere, die ihre Kinder in die jüdischen Schulen schickten, waren die Wirtefamilie Köferli «Zur Sonne», ein Knabe des Fintan Jetzer-Müller im Unterdorf, Dominik Jeggli, dann aus Freienwil Eduard Burger, weiter die Söhne der beiden Schmiedemeister Burger aus Freienwil und Angst aus Lengnau. Kurz, wir finden in den Listen weniger die Landwirte als

vorwiegend begüterte Geschäftsinhaber, die keine Hemmungen kannten, wenn ihre Töchter und Söhne die Schulzeit mit den jüdischen Kindern teilten.

Es fällt auf, dass auch die Gegenseite, die jüdische Bevölkerung, immer weniger Reserven gegenüber der Mehrheit der Christen zeigte und Abgrenzungen überwinden konnte. Das mochte auch darin liegen, dass mit der Abwanderung vieler Juden die Abhängigkeit von der christlichen Gemeinde grösser wurde. Da immer häufiger die guten Steuerzahler wegzogen, zeigten sich in der Schul- und der Armenkasse der Ortsgemeinde Neu-Lengnau Schwierigkeiten, was schliesslich 1880 zur Schliessung der Fortbildungsschule führte. Schon 1878 wurden im Aargau die Schulgemeinden in die politischen Gemeinden integriert. Die jüdische Gesamtschule unter Lehrer Raphael Braunschweig wurde aber bis 1893 weitergeführt, da erst dann die Schülerzahl auf unter zehn gefallen war. 14

Das Thema «KontaktZonen», Thema Schulverhältnisse, wäre aber unvollständig dargestellt, wenn ein weiterer Umstand verschwiegen würde: die Ablösung von Dr. Korn als Lehrer der Fortbildungsschule. In den Protokollen der jüdischen Schulpflege lässt sich der Streit mit ihrem Lehrer verfolgen. 1870, nach vierwöchigen Sommerferien, beantragte Dr. Korn bei der Behörde eine Verlängerung um eine Woche. Man könne ja im Wettinger Seminar für diese Zeit eine Stellvertretung organisieren. Als die Schulpflege den Antrag ablehnte, beantragte er beim Präsidenten sogar einen Urlaub von zwei Wochen. Es erfolgte eine Beschwerde der Behörde beim Bezirksschulrat und bei der Erziehungsdirektion über das mutwillige Wegbleiben des Lehrers und der Schwierigkeit, eine Stellvertretung zu finden.

Und so bezog der gewählte Fortbildungslehrer die Ferienverlängerung ohne Bewilligung seiner vorgesetzten Behörde. Nach seinem zweiwöchigen Wegbleiben von der Schule setzte Dr. Korn seinen Unterricht fort. Als Sanktion beschloss die jüdische Schulpflege am 20. November 1870, ihn als Lehrer zu suspendieren. Die Schulzimmertüre sei dann für ihn geschlossen, wurde ihm mitgeteilt. Da keine Stellvertretung für die Schule zu finden war, blieb man aber weiterhin auf seine Dienste angewiesen. Die Verhandlungen mit der Erziehungsdirektion zogen sich in die Länge. Es darf angenommen werden, dass man auf eigen Faust versuchte, einen jüdischen Lehrer zu finden. Am 16. Februar 1871 wurde von der Schulpflege akzeptiert, dass die Stelle vom Staat öffentlich ausgeschrieben werde. Die Lengnauer Behörde stimmte unter der Bedingung zu, dass der Staatsbeitrag für die Fortbildungsschule weiter ausgerichtet bleibe. Nun war es Dr. Korn, der ohne Vorwarnung (schliesslich galt er ja als suspendiert) die Schule am 26. Februar im Stich liess. Die Schulpflege musste sich nun gegenüber der vorgesetzten Behörde erklären.

Der Ablauf des Streites und der erneute Unterbruch der Schule wurde detailliert dargelegt, darunter findet sich auch das Einschlagen der Schultüre durch einen Schüler, ohne dass ein Grund oder ein Zusammenhang mit dem Ausbleiben des Unterrichts angeführt wird. Der Vorfall diente offenbar nur dazu, die Notlage der Schule zu illustrieren und die Sorge der Behörde, geordnete Zustände wieder herzustellen, zu belegen.

Am 27. Februar teilte die Schulpflege der Erziehungsdirektion mit, dass sie einen Vorschlag der Regierung akzeptiere. «Der Wunsch der Schulpflege bestehe darin, dass die Schule durch einen sittlich gebildeten befähigten Lehrer bestellt werde, der den gesetzlichen Anforderungen vorzustehen im Stande ist.» Dies unter der Voraussetzung, dass ein nicht definitiv angestellter Lehrer auch nicht Anspruch auf das volle Gehalt erheben könne. Es wurden keine anderen Bedingungen gestellt, vor allem fehlte jede Forderung, dass der Kandidat jüdischen Glaubens sein müsse.

Nach der Ausschreibung meldete sich Wilhelm Knecht aus Baldingen, obwohl er noch keine Patentierung für die Fortbildungsschule vorweisen konnte. Ein Schreiben des Departements gestattete, diesen als «Schulverweser im Sinne des Gesetzes» anzustellen. Knecht nahm die Arbeit sofort auf. Für die Zeit vom 10. Mai bis 31. Juli wurden ihm 224.60 Franken überwiesen. Am 21. Juni 1872, nachdem Knecht die Bedingungen für die definitive Anstellung erfüllt hatte, ersuchte er die Schulpflege um die definitive Wahl und eine angemessene Besoldung. Er wurde angestellt. Er unterrichtete an dieser Schule bis 1874. In seinem Rücktrittsschreiben erklärte er, dass er zwecks «weiterer Ausbildung» seine Entlassung beantrage. Er studierte in der Folge Chemie an den Universitäten Basel und Zürich und doktorierte 1878 in Zürich. Total vor der Folge Chemie an den Universitäten Basel und Zürich und doktorierte 1878 in Zürich.

In der letzten Phase der jüdischen Fortbildungsschule lehrten christliche Lehrer, ohne dass deswegen jedoch mehr christliche Schüler diese Schule besucht hätten. Im Gegenteil: In den letzten Jahren der separaten jüdischen Schulen ging der Anteil an christlichen Schülern zurück. Eine neue, nun allgemeine Fortbildungsschule (Sekundarschule) in Lengnau wurde erst im Jahre 1900 eröffnet, hatte also mit diesem Rückgang nichts zu tun. In der Folge war der gemeinsame Besuch der Schulen für Juden und Christen eine Selbstverständlichkeit.

Was mit dem Zusammenspiel von Juden und Christen bezüglich schulischer Bildung in Lengnau der Beachtung würdig war, ist ein Teil der «KontaktZonen». Man hat dieses Zusammenwirken leider als blosse nebensächliche Begleiterscheinung aufgefasst. Mit Hinweisen auf die Differenzen im Zusammenhang mit der Schächtfrage in der darauffolgenden Zeit ist die Geschichtsschreibung viel grossspuriger und härter vorgegangen. Anzuklagen ist halt attraktiver, als das Räderwerk des lokalen Miteinanders subtil zu analysieren. Hier ein kleines Gegengewicht zu setzen, war das Anliegen, das dieser kurzen Betrachtung zugrunde lag. Man könnte mit Fug sagen, dass es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eher die Juden waren, die den Christen in Lengnau die Bildungsbeflissenheit vormachten, als umgekehrt. Es war dies eine Parallele zum Wirtschaftlichen: Alle nichtagrarischen Betriebe und Geschäfte, die von ausgewanderten Juden frei wurden, übernahmen Christen als Nachfolger, und dabei erscheinen vorab dieselben Namen wie in der jüdischen Schulchronik.

Literatur

- Binnenkade, Alexandra: KontaktZonen. Jüdisch-christlicher Alltag in Lengnau. Wien 2009.
- Guggenheim, Florence: Vom Scheiterhaufen zur Emanzipation, in: Juden in der Schweiz. Glaube-Geschichte-Gegenwart. Zürich 1983.
- Lengnau 1200. Jubiläumsbuch. Herausgegeben von der Gemeinde Lengnau. Lengnau/Döttingen 1997. Texte zur Geschichte: Franz Laube-Kramer.
- Müller, Andreas: Franz Jakob Müller. Eine kleine Wirtschaftsgeschichte von Lengnau 1848–1890.

- Separatdruck aus Jahresschrift der Historischen Vereinigung des Bezirks Zurzach, Heft 3. Zurzach 2004.
- Der aufrichtige und wohlerfahrene Schweizerbote. 1804–1878. Aarau 1838 (Sammelband Kantonsbibliothek Aarau).
- Staehelin, Heinrich: Geschichte des Kantons Aargau, Bd. 2. Baden 1978.
- Staehelin, Heinrich: Die Alte Kantonsschule Aarau. 1802–2002. Aarau 2002.

Anmerkungen

- Siehe Müller, Franz Jakob Müller, 96. Fall Oppenheim.
- ² Binnenkade, KontaktZonen, 2009.
- ³ Staehelin, Geschichte des Kantons Aargau, Bd. 2, 375.
- ⁴ Guggenheim, Vom Scheiterhaufen zur Emanzipation, 1983.
- 5 «Der aufrichtige und wohlerfahrene Schweizerbote», 1804–1878.
- ⁶ Guggenheim, 38.
- ⁷ Im Jubiläumsbuch «Lengnau, 1200 Jahre» hat Franz Laube-Kramer die meisten historischen Texte verfasst. 36f. finden wir das Kapitel «Jüdisches Schulwesen».
- ⁸ Z.B. Protokoll vom 1.5.1871 oder Protokoll vom 11.5.1872.
- ⁹ Dr. Meyer Kayserling (1829-1905) war von 1861 b is 1870 Rabbiner in Endingen und Lengnau. Durch

- seine Initiative wurde die jüdische Zeitung Ha-Nescher («Der Adler») in Schöftland gedruckt. Wochenblatt von 1868 bis 1869. Er war dessen Redaktor.
- ¹⁰ Laube, Lengnau 1200, 36.
- ¹¹ Staehelin, Kantonsschule, 98f.
- Meine Grossmutter. Damals, 1887–1891, waren Mädchen dort nur selten zu finden. Sie machte in der Folge eine Berufsausbildung in einem Haushaltungsgeschäft in Stuttgart.
- 13 Laube, Lengnau 1200, 36.
- ¹⁴ Ebd., 37.
- ¹⁵ Beschluss vom 14. 7. 1871.
- 16 Er hatte das Seminar Wettingen von 1866 bis 1870 besucht
- ¹⁷ Er heiratete am 3.3.1881 in Genf die Lengnauerin Anna Bucher aus dem «Rössli», die einst – in seiner Zeit – die jüdische Schule besucht hatte.